

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 Mf. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 30. Januar 1932

Nummer 9

Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

An alle deutschen Männer und Frauen freiheitlicher Gesinnung!

Vorbei sind die Monate der bloßen Verteidigung und Abwehr! Das Deutschland der Republik und Demokratie steht auf für Volksrechte gegen Diktatur. Widerstandswille ist aufgeflammt in allen deutschen Gauen. Es hat keiner Propagandakünste und keiner Befehle bedurft. Ein Anstoß — wenige organisatorische Hammerschläge genühten: in Stadt und Land wuchs empor die Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

Neben den Einheiten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold traten die Arbeiterportler und in den Betrieben formieren sich alle freiheitlich gesinnten Gewerkschaftler als Hammerschichten der Eisernen Front. Eine Millionenarmee — nicht für gewalttätige Angriffe, sondern wider alle Bürgerkriegspläne! Die Existenz dieser durch eine wahre Volkserhebung aufgerichteten Eisernen Front muß jeden Gedanken auf Raub politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Freiheiten ersticken.

Die Eiserne Front ist keine Parteifache und will nicht eine Partei sein.

Ihr Dienst gilt der drohenden Freiheit des deutschen Volkes, der Erfüllung der Verheißungen in der Verfassung von Weimar.

Viele bittere Tage, harte Wochen und schwere Monate der Abwehr und des Ausharrens liegen hinter uns. Bis in die Fundamente hat eine unerhörte Krise die deutsche Wirtschaft erschüttert, Industrie, Handel und Gewerbe sowohl wie Landwirtschaft. Millionen der besten deutschen Arbeiter, darunter Hunderttausende Kriegsteilnehmer, stehen an den Stempelstellen; mit ihnen sind hochqualifizierte Angestellte, Techniker und Ingenieure zu qualvollem Fiebermüssen verurteilt. Tausende und aber Tausende junger, arbeitsdürstiger Männer und Frauen der freien Berufe sehnen den Tag herbei, der ihnen Gelegenheit gibt, die in jahrelangen Studien erworbenen Kenntnisse zu ihrem und des deutschen Volkes Nutzen zu verwerten. Sie alle leben von färglicher Unterstützung oder sind angewiesen auf die Hilfe ihrer Familien.

Wer ist noch sicher, daß nicht auch ihn und seine Familie die Lawine der Wirtschaftsnot in den Abgrund reißt? Der Arbeiter nicht und nicht der Angestellte. Der Bauer nicht und nicht der Handwerksmeister. Kein Unternehmer mehr — und sei er ein persönlich noch so einsichtiger und tüchtiger Mann — hat die Sicherheit, seinen Betrieb aufrechterhalten zu können. Ist ein Volk in Not, trifft's auch die Beamten in Reich, Staat und Gemeinden.

Diese Zeit der Not wird seit Jahr und Tag verlängert und verschärft von herrschsüchtigen Egoisten, die für die Massen des Volkes zu Arbeitslosigkeit, zu Lohn- und Gehaltsabbau auch noch den Raub der Rechte eines freien Staatsbürgers fügen wollen. Mit Millionen, die von Lohn und Gehalt abgezogen wurden, sind Bürgerkriegsarmeen aufgestellt und ausgerüstet worden; werden ganze Schwärme von Schwadronen durch Stadt und Land geschickt; wird Propaganda bezahlt, die als „Retter“ die Verderber Deutschlands anpreist. Der Kampf Deutschlands um Aufhebung der würgenden Reparationszahlungen ist jenen Leuten nur ein Mittel zur innerpolitischen Verheerung.

Ein Volk, das sich durch Drohung mit Gewalt und bezahlte Demagogie das Recht der Selbstregierung nehmen läßt, wird nie die äußere Freiheit erringen und erhalten können. Im Hitlerismus hat sich diese wirre Zeit einen gewalttätigen Göhen gegeben. Scharlatane fordern die unumschränkte Herrschaft über Leben und Tod, Arbeitskraft und Eigentum aller Deutschen. Nicht die Spur einer schöpferischen Idee — nichts weiter als Blutphantasien hat der sogenannte Nationalsozialismus aus eigenem herorgebracht.

Großes steht auf dem Spiel — Großes muß von allen freiheitlich gesinnten deutschen Männern und Frauen in den kommenden Wochen und Monaten gefordert und geleistet werden. In allen Bezirken des Reiches muß bis zum 21. Februar die Eiserne Front formiert sein.

Rundgebungen am 21. Februar in ganz Deutschland

müssen Freunden und Gegnern die Wucht und Kraft der Eisernen Front sinnfällig vor Augen führen. Gewaltige Geldmittel stehen den Feinden des Staates von Weimar zur Verfügung. Sie hoffen, durch Riesenaufwand an Propaganda die Demokratie niederbringen zu können. Auch diese Spekulation wird und muß fehlschlagen. In allen Bezirken sind unverzüglich Maßnahmen zur Durchführung einer **Rüstwoche der Eisernen Front** zu treffen und öffentliche Sammellisten aufzulegen.

Es gilt, der Zerstörung von Deutschlands letzter Wirtschaftskraft Einhalt zu tun; jetzt heißt es, die gewaltigen Energien, die allein die Demokratie zu entseffeln vermag, für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands einzusetzen. Voraussetzung dafür ist der Sieg der politischen Vernunft über die Propheten des Chaos. Eiserne Front für soziale Gerechtigkeit! Eiserne Front für wirtschaftliche Gesundung! Eiserne Front für außenpolitische Freiheit, Frieden und Völkerverständigung! Eiserne Front wider alle Feinde der demokratischen Republik! Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

Berlin, den 25. Januar 1932.

Die Reichs-Kampfleitung der Eisernen Front

Die Eiserne Front und wir!

Die Eiserne Front ist weder eine neue, noch eine besondere Organisation der deutschen Arbeiterkraft. Sie verkörpert nur den stärker als bisher in die Tat umzusetzenden Willen und die Kraft zum entschlossenen Widerstand gegen alle inneren Volksfeinde. Schon in Nr. 101 des „Korr.“ vom 19. Dezember 1931 haben wir in dem Artikel „Bereitschaft ist alles!“ von der damals aktiver werdenden Geldermachung aller, auch der gewerkschaftlichen Widerstandskräfte durch die Vorstände der maßgebenden Spitzenorganisationen berichtet. Es war aus jenem Bericht zu entnehmen, daß die am 16. Dezember 1931 in Berlin im Hause des Reichswirtschaftsrates veranstaltete gemeinsame Kundgebung der Bundesausschüsse des ADGB, des IFA-Bundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, der freien Sportorganisationen, des Reichsbanners und der Sozialdemokratischen Partei die Eiserne Front offiziell aus der Taufe gehoben hat. Sie soll eine Einheitsfront aller republikanisch gesinnten Deutschen gegen den Faschismus, als den Todesfeind jeder Demokratie, gegen politische und wirtschaftspolitische Reaktion und nicht zuletzt gegen das volksvergiftende Narrenspiel der Hitlerei sein.

Unter dieser Parole hat die Eiserne Front innerhalb der letzten vier Wochen erfreulich tiefe Wurzeln im ganzen deutschen Volk geschlagen. Schon hat sie den offenen und versteckten Volks- und Arbeiterfeinden zum Bewußtsein gebracht, daß ihr anfänglicher Spott weder zeitgemäß, noch ihnen selbst nützlich sei. Die Tatsache, daß auch die Gewerkschaften sich in diese Front offiziell eingereiht haben, gab und gibt ihr einen besonders tragfähigen und realpolitischen Boden. Erst dadurch wird allen Feinden der deutschen Republik mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die deutsche Arbeiterkraft fest entschlossen ist, in geschlossener Front alle faschistischen Herrschaftsgelüste gewissenloser Abenteuerer und Scharlatane im Notfall unter Einsetzung ihrer äußersten Widerstandskräfte zu unterdrücken!

In welcher Form das im einzelnen schon vorbereitet oder durchzuführen ist, braucht weder programmatisch noch spezialisiert an dieser Stelle auseinandergesetzt zu werden. Alle in Betracht kommenden Organisationen der Arbeiterkraft besitzen auf Grund ihrer eigentlichen Zweckbestimmungen die dazu gehörigen Voraussetzungen. Sie werden und können in wirkungsvollster Weise daran und dort zur Geltung gebracht werden, wo es die weitere Entwicklung erfordert. Konnte dies zwar auch schon bisher für überzeugte Gewerkschaftsmitglieder als selbstverständlich gelten, so kann und wird doch die jetzt und zunächst immer noch mehr ideell als aktiv in Wirksamkeit tretende Eiserne Front allen politischen Schaumflüglern und privatkapitalistischen Ausbeutern in Deutschland in deutlicher Weise vor Augen führen, daß es für sie und ihresgleichen das Beste sein dürfte, sich entweder beizeiten eines Besseren zu besinnen oder sich für etwaige Boxheimer Tollwutsanfalle auf eine wofordiente, durchgreifende und legale Abrechnung gefaßt zu machen!

Eine besondere Bekräftigung, daß wir Buchdrucker die uns im Rahmen einer solchen Abwehraktion als Staatsbürger und Gewerkschaftler zufallenden Aufgaben in altbewährtem Soldatentätigkeitsgefühl erfüllen werden, hatten wir für überflüssig. Denn die Eiserne Front ist für uns Buchdrucker keine neue oder besondere Organisation, sondern angefaßt aller politischen und wirtschaftlichen Knebelungsversuche am deutschen Volke durch größenwahnsinnige „nationalistische“ Abenteuerer nur eine zeit- und sinngemäße Selbstverständlichkeit! Nicht minder selbstverständlich ist es, daß in dieser Abwehrfront gegen brutale Volksfeinde und Kapitalistenknechte die deutschen Buchdrucker schon auf Grund ihrer gewerkschaftlichen Schicksalsgemeinschaft nicht die Vekten sein können und auch nicht sein wollen!

Der neue Danziger Manteltarif

Um gleich von vornweg ganz gelinde und knapp eine Kennzeichnung des ab 1. Januar 1932 geltenden neuen Danziger Manteltarifs zu geben, sei hier die bekannte Regenformel angeführt: „Das Neue daran ist nicht gut, und das Gute daran ist nicht neu.“ Folgendes mag als Berichtserstattung über die neue Tarifgestaltung dienen. Am 31. Oktober 1931 lief der alte Manteltarif für das Buchdruckgewerbe im Gebiet der Freien Stadt Danzig nach der von beiden Tarifpartnern terminmäßig ausgeprochenen Kündigung ab. Der Austausch der beiderseitig gestellten Abänderungsanträge erfolgte am 1. Oktober. Ganz im Zug der Zeit liegend, zierte die Prinzipalsanträge absolut keine Befriedigung, sondern es offenbarten sich dabei Verschlechterungen der Tarifbestimmungen sozusagen bis in die Wuppen. Der Hauptgewinn, den die Arbeitgeber vor allem für sich erhofften, und auf den sie sich wohl schon stimmungsgelassen freuet haben mögen, war die von ihnen gewünschte Aufteilung des Tarifs in zwei getrennte Wertungen, von denen einer für reine Buchdruckereien und der andere für Zeitungsbetriebe Geltung haben sollte. Dieser beabsichtigten Zerschlagung des einheitlichen Zusammenfassens der Gehilfenschaft gegenüber stand auf Seiten der Arbeitnehmer die Forderung auf Einbeziehung sämtlicher Arbeiterkategorien der Danziger graphischen Gewerbes in den Manteltarif, und ferner bildete in den Gehilfenanträgen die zur Steuerung der Arbeitslosigkeit unabwendbar ihre Lösung heischende Frage der Arbeitszeitverkürzung ein wesentliches Objekt. In den vier Tarifamtsverhandlungen, die im Monat Oktober stattfanden, war es aber nicht möglich, auch nur um ein Zota eine fürderliche Erleichterung für die Tarifangelegenheit zu finden. So begann denn, als Ende Oktober der Abbruch der Manteltarifverhandlungen erfolgte, das Tarifproblem sich als ein Beunruhigungsobjekt im Danziger Buchdruckgewerbe bemerkbar zu machen, wobei aber hier nicht unerwähnt bleiben soll, daß die Haltung der Gehilfenschaft trotz des ungelärten Verhältnisses sich dennoch als durchaus sicher und konstant erwies. Mehrere Mitglieder- und Vertrauensmännerversammlungen informierten die Kollegen über den jeweiligen Stand der Tarifverhandlungen und schufen zugleich die Atmosphäre für ein besonnenes Ausbarren und Zusammenhalten auch in tarifloser Zeit.

Ohne jeglichen Impuls für die Tarifregelung verstrich dann der November, und erst in der Mitte des letzten Jahresmonats wurde die mittlerweile um den Manteltarif gewachsene Dornröschenhede beseitigt durch Anrufung des Schlichtungsausschusses in Danzig, welche Institution ja sowieso von Anfang an von Seiten der Arbeitgeber für die Tarifgebung erforsen war. Es währte jedoch noch eine kleine Weile, bis dann am 5. und 6. Januar die Parteien vor dem Schlichtungsausschuß ihre Bekenntnisse ablegten. Der 7. Januar brachte die Entscheidung über den Manteltarif. Durch den vom Schlichtungsausschuß vorgehenden verbindlichen Schiedsspruch ist die alte Form des Tarifs in der gemeinsamen Geltungsart für Buchdruckerei- sowie für Zeitungsbetriebe gewahrt geblieben, was neben andern unverändert erhaltenen Bestimmungen als das mit Erfolg verteidigte Gute daran bezeichnet werden kann. Das Neue und ausschließliche für die Gehilfenschaft Schiedsentscheidungen bringt einen Abbau der prozentualen Zuschläge für ungünstig gelagerte Arbeitszeit, der Altersklassenfähigkeit, sodann die Neueinteilung der Lohnaltersklassen mit prozentualen Verschlechterungen, Herabsetzung des Lehrlingslohnstufes im ersten und zweiten Lehrjahr, erhebliche Verschärfung der Klausel bezüglich der Kampfmaßnahmen bei Streiks usw., daneben Fortfall des bisherigen Overtarifsamts und des tariflichen Arbeitsnachweises. Die hauptsächlichste Verschlechterung liegt in der neuen Lohnklassenstaffelung, bei der gegenüber dem früheren Verhältnis die Löhne eine Kürzung in Klasse B um 2 1/2 Proz., in Klasse A um 6 Proz. und in der Berufsausgeübten-Klasse gleichfalls um 6 Proz. erfahren haben. Die Gültigkeitsdauer des neuen Manteltarifs wurde für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1932 festgesetzt mit einer Laufzeitverlängerung von einem halben Jahr, wenn nicht die vorgesehene vierteljährliche Kündigung erfolgt.

Zu diesem folgermaßen das bisherige Tarifrecht vergeblich vergeblich nahm die Gaumitgliederschaft Danzig in einer Versammlung am 11. Januar Stellung. In einer sehr bewegten Debatte und in der einstimmigen Ablehnung des Schiedsspruchs kam die unzweideutige Meinung über die diktierten Verschlechterungen und die Nichtberücksichtigung der Gehilfenforderungen beredt zum Ausdruck, und die Gehilfenvertretung wurde beauftragt, in Nachverhandlungen eine Änderung bei den schimmten Abstrichen, ganz besonders bei der Lohnaltersklassenstaffelung, herbeizuführen.

In einer nochmaligen Anhörung der Parteien, die im Schlichtungsausschuß erfolgte, nachdem prinzipalseitig die Annahme und von Gehilfen Seite die Ablehnung des Schiedsspruchs erklärt worden war, hat sich jedoch eine Abwehr der oben gekennzeichneten Verschlechterungen nicht erzielen lassen. Die Verbindlichkeitsverklärung des neuen Manteltarifs ist unabwendbar am 19. Januar behördlichseitig ausgesprochen worden.

Der Tarifkampf in Danzig ist somit für die Gehilfenschaft wenig günstig ausgefallen, und auch in ihm offenbart sich ein Stück heutiger Zeitgeschichte. Die Do-it-des-Politik, das Gegenwertigkeitsverhältnis, ist durch die Wachtpolitik abgelöst worden. Diesen Ungerechtigkeitsaufstand zu beseitigen, ist die Aufgabe auch der Danziger Buchdrucker-gehilfenschaft für die Zukunft und ein Ziel, aufs innigste zu wünschen.

„Patrioten“

Vor dem Kriege waren die Arbeiter die „waterlands-losen Gesellen“, obwohl es Tatsache ist, daß im Gegenteil die Unternehmer sich wenig um ihr Vaterland kümmerten. Krupp z. B. lieferte die Panzerkatten nach Amerika wesentlich billiger als für die deutsche Marine.

Während des Krieges waren die „Marxisten“ gerade gut genug, um als Kanonenfutter zu dienen. Und jetzt? Nun, sie sind genau so „waterlandslos“ wie in den wilhelminischen Zeiten.

Wo die richtigen Patrioten zu suchen sind, kann man in der Nr. 9 der „Wahrheit“ lesen. Wilhelm Bruhn schreibt:

„Vor einiger Zeit wurde die deutsche Reichsangehörige Frau Groß, die Geschäftsführerin des Neuen Deutschen Verlags in Berlin, in der Tschechoslowakei festgenommen. Man nahm zunächst an, Frau Groß habe kommunistische Schriften in die Tschechoslowakei einschmuggeln wollen. Doch es stellte sich bald heraus, daß diese Dame aus einem ganz andern Grund in der Tschechei weilte. Die staunende Mitwelt erfährt, daß Frau Groß im Auftrag des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Münnzberg, dem der Neue Deutsche Verlag gehört, in der Tschechoslowakei weilte zur Regelung geschäftlicher Angelegenheiten. Münnzberg läßt einen großen Teil seiner deutschen Bücher in der Tschechoslowakei drucken, weil die Löhne dort billiger sind als in Deutschland.“

So handelt ein angeblicher Arbeiterführer, obwohl in Deutschland Tausende und aber Tausende von Buchdrückern und Angestellten arbeitslos sind.

Aber nicht nur Münnzberg läßt in der Tschechoslowakei arbeiten. Mehrere Berliner Verleger haben sich veranlaßt, beim Justizministerium in Prag sich für Frau Groß zu verwenden. Das „Prager Tageblatt“ teilt darüber folgendes mit:

Sechs deutsche Verlage, und zwar S. Fischer, Ernst Rowohlt, Gustav Kiepenheuer, Erich Reiß, Malik und Verlag für Literatur und Politik, sämtlich in Berlin, haben sich in der Affäre der verhafteten Katerin des Neuen Deutschen Verlags, Babette Groß, an das Justizministerium in Prag mit einer Eingabe gemeldet, in der sie darauf hinweisen, daß ein großer Teil ihrer Bücher in der Tschechoslowakei gedruckt wird und sich Frau Groß nach der Tschechoslowakei begeben habe, weil infolge der Salutenzerr der Druckbetrieb sehr schwierig geworden sei.

Die Verleger seien über die Maßnahmen der tschechoslowakischen Grenzbehörde sehr irritiert und der selten Überzeugung, daß sie von einer irrtümlichen Voraussetzung ausgegangen sei. Da das tschechoslowakische-deutsche Buchhandelsgeschäft in der letzten Zeit einen erfreulichen Umfang angenommen habe, so könne es durch solche Maßnahmen ihr Geschäft beeinträchtigt werden.

„Was soll man in einer Zeit der schlimmsten Arbeitslosigkeit in unsem Vaterland zu solch einer Kündigung sagen? Die deutschen Buchdrucker sollten von ihrer Organisation aus einem Boykott der Bücher der vorgenannten Verlage betreiben. Das wäre die einzig richtige Antwort auf ein solch verantwortungsloses Verhalten, wie es die genannten Verlage durch ihre Auslandsdruckaufträge an den Tag legen.“

Herr Reichstagsler, wie wäre es mit einer Notverordnung? Es wäre dringend nötig, diese „Patrioten“ gehörig beim Kragen zu packen!

Chr. K. (Neutöflin).

Löhne und Preise

Die Regierung hat die neuerliche Lohn- und Gehalts-senkung notverordnet. Sie verurteilt zugleich die Preise zu senken, weil sie die „Kaufkraft der Bevölkerung“ erhalten will. In diesem Zusammenhang hat Brining von der „schicksalhaften Verbundenheit von Löhnen und Preisen“ gesprochen. Darunter kann man verschiedenes verstehen. Im allgemeinsten könnte dieser Satz wohl so gedeutet werden, daß ein wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen Löhnen und Preisen in dem Sinne besteht, daß die Veränderung eines dieser Faktoren zwangsläufig auch zur Veränderung des andern führt, das heißt also: eine Lohn-senkung müsse nach den „Gesetzen der Wirtschaft“ auch zur Preis-senkung führen.

In der Volkswirtschaftslehre hat man diese Anschauung auch bis in die neueste Zeit gelehrt, und noch heute vertreten ja rührige Arbeitgeberjünde mit dem Brutton der vollsten Überzeugung den Standpunkt, man braucht nur die Löhne senken, dann werden die Preise schon „von selbst“ folgen. Tatsächlich stimmt aber diese Behauptung nicht, was jeder Gewerkschaftler weiß, wenn er nur einmal die Entwicklung der Löhne und Preise statistisch verfolgt hat. Diese Lehre der Nationalökonomie traf nur zu für eine Wirtschaft mit vollkommen freier Konkurrenz. Sie trifft aber nicht zu für die heutige „gebundene“ Wirtschaft, in der Kartelle, Syndikate und Trusts, Preisabreden und Interessengemeinschaften aller Art eine Preispolitik treiben, die mit der Entwicklung der Löhne in trassem Widerspruch stehen kann — wofür ja die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre die besten Beweise liefert. Heute ist es deshalb nicht so, daß einer Lohnänderung „n o t w e n d i g“ eine Preisänderung folgen muß! Viel-mehr ist es seit 1929 wiederholt geschehen, daß die Löhne (oder — was ja prinzipiell dasselbe ist — die Gehalts-senkungen infolge gesunkener Rohstoffpreise) gesenkt wurden, ohne daß ihnen eine Preis-senkung folgte, bzw. daß die Preis-senkung lange auf sich warten ließ und — längst nicht im Ausmaß der Lohn-senkung — „nachhinkte“.

Daraus ergibt sich, daß der vielgerühmte „natürliche Mechanismus“ der freien Konkurrenz, der bei Lohn-senkungen angeblich Preis-senkungen „erzwang“, nicht mehr funktioniert. Um die Preise den geluntenen Löhnen anzupassen, müssen also heute andre Mittel angewendet werden. Diese andre Mittel bestehen in bewußten Eingriffen in den Ablauf der „natürlichen Wirtschafts-gesetze“. Solche Eingriffe sind zuerst von Seiten der Privatwirtschaft erfolgt; denn Kartelle, Trusts usw. stellen in ihrer Politik nichts andres dar als den Versuch, den Markt zu beherrschen, um sich Extraprofite zu sichern. Um das zu erreichen, ist weitgehend die Ausschaltung der freien Konkurrenz erfolgt sowie die „Diktatur der Preise“ errichtet worden. Die Kartelle verdienen auf diese Weise nicht nur an der Ausbeutung der Konkurrenz, sie verdienen zugleich an der Ausbeutung des Konsumenten. Es liegt aber auf der Hand, daß ein „hartes Preis-gesetz“ — wie es als Wirkung der Kartellpolitik verhältnismäßig weit Platz gegriffen hat — außerordentlich krisenverhärtend wirken wird, dann nämlich, wenn infolge wiederholter Lohn-senkungen die Kaufkraft der breiten Masse eingeschrumpft ist, ohne daß entsprechende Preis-senkungen diese Schrumpfung wieder wettmachen.

Einen derartigen Zustand haben wir bis in die letzte Zeit in Deutschland zu verzeichnen. Das ist der entscheidende Grund, warum nunmehr (als Antwort auf die Eingriffe der Privatwirtschaft in den Wirtschaftsa-blauf) öffentliche Einwirkungen auf die Preisgestaltung beginnen! Verlangt der „natürliche Mechanismus“ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wird die Lebenshaltung weiter Volks-schichten in unerträglicher Weise gefährdet, dann muß der Staat eingreifen und durch sein Gebot die größten Miß-verhältnisse zwischen Lohn- und Preis-höhe zu beseitigen versuchen.

Während des Jahres 1930 bis weit ins Jahr 1931 hinein hat die Regierung nur versucht, durch freundliche Ermahnungen eine Senkung des Preisniveaus zu erreichen. Sie hat schelmisch lächelnd den Zeigefinger erhoben und gesagt: „Du, du...“ Gewiß: eine Reihe von Preis-senkungen sind erfolgt; aber sie sind mehr eine Folge der fortschreitenden Krise, denn ein Erfolg des Werbens der Reichsregierung gewesen. Zu einer wirklich entscheidenden Anpassung der Preis-höhe an die Lohn-höhe haben sie nicht geführt. Auf diesem Wege der Ermahnungen ging es also nicht.

Da ist nun endlich die Notverordnung vom 8. Dezember in dieser Hinsicht einen Schritt weiter gegangen, und zwar in zweierlei Hinsicht. Einmal verfügt sie für die durch Kartelle usw. gebundenen Preise, aber auch für Markenartikel eine Preis-senkung von 10 Proz. gegenüber dem Preisstand vom 1. Juni. Ausgenommen sind allerdings die internationalen Preisbindungen. Zum andern bestellt sie zur Beeinflussung der Preise für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs- und lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs: einen „Reichstom-mißtar für Preisüberwachung“. Zur Kritik dieser beiden Eingriffe in die Marktwirtschaft ist in der Gewerkschafts-presse bereits das Nötige gesagt, soweit es ihre wahrscheinlichen Auswirkungen auf die Krise und die Preise angeht. Für uns kommt es hier auf die prinzipielle Seite der Angelegenheit an. Da ist zu sagen, daß die Regierung mit ihren diesbezüglichen Maßnahmen nur scheinbar „antikapitalistische“ Tendenzen zum Ausdruck bringt. Im Gegenteil: unsrer Meinung nach können sich die „Preisvorschriften“ (wie wir einmal kurz die genannten Notverordnungsbestimmungen zusammenfassend nennen wollen) recht gut mit der kapitalistischen Ordnung verstehen. Man muß sich nur von der überholten Vorstellung freimachen, als ob zum Kapitalismus notwendig die Liberalismus-geboren müßte, als ob „freie Konkurrenz“ und „freie Preisbildung“ hundertprozentig vorhanden sein müßten. Hier können durchaus Einschränkungen vorgenommen werden, ohne daß sich am Grundcharakter des kapitalistischen Systems etwas ändert.

Die Regierung hat denn auch mit ihren „Preisvorschriften“ nur insoweit Einschränkungen der „freien Preisbildung“ vorgenommen (sicher noch nicht einmal so weit!), als vorher privatwirtschaftliche Einschränkungen der „freien Konkurrenz“ vorangegangen waren. Der Sinn dieser Maßnahmen ist der: Durch die Kartelle usw. werden die Preise so gestellt, daß auch der schlechteste Betrieb auf seine Rechnung kommt. Bei freier Konkurrenz würde er aus der Wirtschaft ausgeschaltet werden. Infolge der Preisbindungen usw. vermag er sich zu halten, wird der „natürliche“ Ausleseprozess, die „automatische“ Rationalisierung der Wirtschaft, unterbunden und das Preisniveau überhöht. Die staatlichen „Preisvorschriften“ könnten bei richtiger Handhabung — und sofern man die Befugnisse des „Preis-ministers“ so weit ausdehnen würde — diese Entwicklung korrigieren, indem die überhöhten Preise herabgesetzt würden. Was dann an Betriebszusammenbrüchen erfolgt — weil dies verordnete Preisniveau eine Anzahl Betriebe unrentabel macht —, wäre (sofern man diesen Gedankengang anerkennt) ja sowieso erfolgt, wenn freie Konkurrenz bestanden hätte. Bei den „Preisvorschriften“ handelt es sich also um alles andere eher, als um eine sozialistische Maßnahme. Sie können nicht anders gedeutet werden, als ein Versuch, künstlich die „freie Konkurrenz“ nachträglich zu manipulieren.

Zugegeben: bei einem solchen Versuch könnte auch für die Arbeiter-schaft etwas heraus-bringen, indem die Vormachtstellung der Kartelle etwas beschränkt und die Marktkaufkraft gehoben würde. Dazu bedarf es aber auf die Dauer anderer Handhabung und weiterer Ausgestaltung der „Preisvorschriften“ als sie weiter erfolgt sind. K. S.

Korrespondenzen

Bauhen. Unsere Jahreshauptversammlung am 9. Januar hatte sich eines regen Besuchs zu erfreuen. Die dem Ortsverein angeschlossenen Mitglieder des Ortes Kirchhau waren vertreten, während die Mitglieder der ebenfalls angeschlossenen Orte Euenwalde und Schirgiswalde nicht anwesend waren. Nach seinen Begrüßungsworten widmete der Vorsitzende drei im Laufe des Jahres verstorbenen Mitgliedern ehrende Worte des Gedenkens. In den weiteren Ausführungen gedachte er der abgehaltenen Veranstaltungen. Leider waren alle Veranstaltungen nur mäßig besucht, weshalb der Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß die lauen Kollegen im kommenden Jahr regeres Interesse am Orts- und Bezirksvereinsleben nehmen. Auch an die Spartenvorsitzenden und -funktionäre erging diese Mahnung noch besonders. Der Mitgliederstand beträgt 102, 7 Invaliden und 19 Lehrlinge. Arbeitslos sind 24 Kollegen. Der Kassenbericht gab demzufolge kein besonders günstiges Bild. Es mußte mit einem Gauschuß gearbeitet werden. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes einstimmig. Der Ortsvereinsbeitrag wurde um 10 Pf. gesenkt. Der Kassierer hatte einen vorläufigen Haushaltsplan aufgestellt, der unbedingt zu Sparmaßnahmen zwingt, die von der Versammlung gutgeheißen wurden. Hierauf fanden noch einige interne Angelegenheiten eine befriedigende Lösung.

Beuthen (Oberschl.). Eingangs unserer ersten Versammlung im neuen Jahr, am 10. Januar, wünschte Vorsitzender K e f s ch den Mitgliedern ein besseres neues Jahr als es 1931 gewesen ist und gedachte in ehrenwerten Worten der bei dem Gruabengrundstück auf der Karsten-Zentrum-Grube eingeschlossenen und wahrheitsgemäß zu Tode gekommenen Bergleute. Lebhaft bedauerte er ferner, daß von den noch in Arbeit stehenden Kollegen die Versammlungen nicht so besucht werden, wie es in Anbetracht der Verhältnisse wünschenswert wäre. Einen großen Prozentsatz der Versammlungsbesucher stellen unsere arbeitslosen Kollegen. Auch mußte festgestellt werden, daß eine ganze Anzahl von Kollegen ihren Verpflichtungen sehr unpünktlich nachkommen, trotz aller Ermahnungen. Unter Punkt „Geschäftliches und Mitteltungen“ gab der Vorsitzende die seit 27. Dezember gültigen Beiträge bekannt und streifte auch die Gründe, die den Verbandsvorstand bei der Neueinstellung der Unterlingskassen und der Beiträge geleitet haben. Der vom Vorstand beabsichtigte Fortbildungskursus für die jugendlichen arbeitslosen Kollegen dürfte wohl vor Anfang Februar nicht in Fluß kommen, da noch verschiedene bürokratische Hemmnisse des Arbeitsamtes hinwegzuräumen sind. Die Buchdrucker immerwährender Wunsch immer noch nicht bequemen, ihrem Lehrkurs das tarifliche Kolleggeld zu zahlen, und inzwischen ist die Kostgeldklage beim Arbeitsgericht eingereicht worden. Einer der ältesten Beuthener Betriebe, die Bergbauergesellschaft „Ratolitt“, ist am 2. Januar stillgelegt worden. Für unsere Ortsverein ein neuer schwerer Schlag, da noch nicht zu übersehen ist, ob durch die beabsichtigte Verlegung nach Döppeln irgendwelche Kollegen für dauernd übernommen werden. Die geschäftliche Lage des Ratolitt-Bergbaus scheint aber in der letzten Zeit katastrophal gewesen zu sein, denn die fälligen Löhne konnten nicht noch auf dem Wege über das Arbeitsgericht herausgeholt werden. Nun hielt Kollege K e f s ch einen Vortrag über „Das Arbeitsgerichtsverfahren“. Ausgehend vom Artikel 157 der Reichsverfassung, die die Verpflichtung des Reiches zur Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts festlegt, behandelte er das gestellte Thema ausführlich und erschöpfend. Er streifte die Tätigkeit der früheren Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und kam dann auf das Arbeitsgerichtsverfahren selbst zu sprechen, veranschaulichte die Gliederung der Arbeitsgerichtsbehörden, ihre personelle und sachliche Zuständigkeit, schilderte die Berufung der Richter usw. und gab einen Überblick über den Gang des arbeitsgerichtlichen Verfahrens. Mit einem Rückblick auf die bisherige Tätigkeit der Arbeitsgerichte und ihre Beurteilung durch die Gewerkschaften schloß der Referent seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. Nachdem unter „Verschiedenem“ noch interne Angelegenheiten erörtert worden waren und der Vorsitzende die Kollegen auf die Erhöhung der Werbungsstellen und abzugsfähige Sonderleistungen



Funzig Jahre Verbandsmitglied



Wilhelm Spohrer in Frankfurt a. M. Eingetret: 1. Februar 1882 — Jetzt Juralde



bei der Lohnsteuer aufmerksam gemacht hatte, fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß mit dem Wunsch, daß die Anfang Februar stattfindende Hauptversammlung besser besucht sein möge.

Breslau. Wie wichtig es ist, die einzelnen Bestimmungen der Werten Notverordnung näher kennenzulernen, zeigte der Vortrag unseres Vorsitzenden Kollegen S p o r n in der Versammlung am 6. Januar. In gründlicher Weise verstand es der Redner, die Kernpunkte der einzelnen Teile der Notverordnung herauszuschälen und an Hand von praktischen Beispielen die Verschlechterungen aufzuzeigen, die die proletarischen Schichten am meisten treffen. Bei den Sozialversicherungen sind alle Ertragsleistungen der letzten Jahre mit einem Federstrich beseitigt worden. Die Bestimmung in der Krankenversicherung, daß die Sachleistungen der Ärzte in die Pauschalentschädigungssumme einbezogen werden, hat gleich in den ersten Tagen des Infratretens der Notverordnung zu großen Differenzen geführt. Ungerecht ist es, den Krankentassen die Mehrleistungen zu verbieten, selbst wenn sie finanziell dazu in der Lage sind. Ganz brutal aber ist der Eingriff in die Unfallversicherung, wo alle Renten bis zu 20 Proz. gestrichen werden. Bei der Invalidenversicherung ist die Karenz zur Erlangung der Altersrente auf 750 Beiträge heraufgesetzt worden. Hier häßt die Arbeitslosen aufzuweisen, daß ihnen nicht die Anwartschaft darauf verloren geht. Wer nicht in der Lage ist, binnen zwei Jahren mindestens 20 Werten zu fleben, kann zu diesem Zweck das Wohlfahrtsamt in Anspruch nehmen. Als schwersten Schlag für die Gewerkschaften bezeichnet der Redner den Eingriff der Notverordnung in das Lohn- und Tarifwesen. Es sei unverständlich, wie angeht dieser Tatfrage die Brünings-Tolerierung noch weiter bestehen werden kann. Nachdem Kollege Sporn noch seine pessimistische Meinung in bezug auf die Preis-, Zins- und Mietsenkung zum Ausdruck gebracht hatte, schloß er unter großem Beifall seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß das größte Übel die Zersplitterung der Arbeiterschaft sei und daß es dem Proletariat erst wieder besser gehen werde, wenn alle deutschen Arbeiter in einer Einheitsfront zusammenstehen werden. Die Kollegen K a l i n k e, K u b o n und H e i n r i c h bedauerten in der Diskussion das kampflöse Sinnenhaken der Notverordnungen durch die Gewerkschaften. Um diesen entgegenzutreten, reichten sie eine umfangreiche Ent-

schließung ein, in der ein zehner Punkte entfallendes Mindestprogramm für die Aktivierung der graphischen Arbeiterschaft vorgelesen ist. Diese Entschließung wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Dresden. In unserer Versammlung am 6. Januar hatten wir Gelegenheit, den zweiten Vorsitzenden des Verbandes, Kollegen B a r t h, zu hören. Er hielt einen Vortrag über „Die gegenwärtige Lage“, und in etwa zwei-stündigen Ausführungen gab er ein Bild von der Situation, in der sich die berufliche, ökonomische und die Arbeiterchaft in allen übrigen Kulturstaaten befindet. Nach allgemeinen wirtschaftlichen Darlegungen behandelte der Redner unsere Verbandsangelegenheiten näher. Wir versuchen seit 1929, unsere arbeitslosen Kollegen wieder in den Produktionsprozess einzugliedern, indem wir immer und immer wieder Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit gestellt haben. Die Unternehmer erklärten bei Verhandlungen im Jahre 1930, daß sie nicht bereit seien, die Arbeitszeit auch nur um 10 Minuten täglich zu kürzen. Leider ist die Forderung der Verkürzung von der übrigen Arbeiterschaft nicht in demselben Maße propagiert worden wie bei uns. Wirtschaftstheoretiker hatten prophezeit, daß sich die wirtschaftliche Lage im Herbst 1930 bessern würde. Auch die Brüning-Regierung habe damals den sogenannten Brauns-Ausschuß eingesetzt, der die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit in den verschiedenen Industrien prüfen und ein Gutachten ausarbeiten sollte. Das Gutachten wurde gegeben, und dabei sollte die Verkürzung der Arbeitszeit in der Dienstleistungsindustrie auch durchführbar sein. Aber die Regierung hat sich dann doch nicht daran gehalten, sondern es der freien Vereinbarung überlassen. Und so geschah auch jetzt wieder nichts in dieser Angelegenheit. Kollege B a r t h, der sehr oft durch Zurückgefallen der Versammlung heraus in seinen Ausführungen gestört werden sollte, behandelte dann noch die letzten Lohnverhandlungen, desgleichen die Auswirkung der Notverordnungen. Ferner schilderte er die Maßnahmen, die der Verbandsvorstand in Verdrückung seiner Finanzlage treffen mußte. Und nun setzte die Debatte ein, die von acht Rednern bestritten wurde. Fast alle Redner kritisierten die Forderung der Gewerkschaften aufs heftigste und verlangten, nun endlich einmal Schluss zu machen mit Verhandlungen, von denen man reichlich genug habe. Die Arbeiterschaft sei bereit zu kämpfen und sei nicht mehr gewillt, immer nur Anlauf zu sein. Es müsse selbst dann gekämpft werden, wenigstens der Anfang damit gemacht werden, wenn auch nicht gleich ein Erfolg für uns zu verzeichnen sei. Kollege B a r t h ging im Schlußwort auf die Ausführungen der einzelnen Redner ein und betonte vor allem, daß die Führer verantwortungsvoll handeln müßten und die Arbeiter nicht in aussichtslos-Kämpfe führen könnten. Denn das bedeutete dann weiter nichts, als die Zerschlagung der letzten Waffe des Proletariats, der Gewerkschaften. Die Spuren sprechen, wir haben genug Beispiele von Streiks, die zur Katastrophe geworden sind. Mehr denn je gelte es jetzt, alle Kräfte zusammenzufassen und nicht zu verzetteln. Der starke Beifall, der nach dem Vortrag und auch nach dem Schlußwort des Referenten einsetzte, hat wohl bewiesen, daß die Dresdener Buchdrucker geschlossen hinter dem Verbandsvorstand stehen und seinen Maßnahmen Beifall und Unterstützung entgegenbringen. Kollege S a h l m a n n hatte eingangs mitgeteilt, daß wir in Dresden bei einem Mitgliederstand von 2200 Mitgliedern 700 Arbeitslose haben, während im Gau über 1000 Arbeitslose vorhanden sind. Kollege S c h r o e d e r machte Mitteilung über die freiwillige Mitgliedschaftsammlung in den Betrieben für unsere Arbeitslosen. Es ist die Summe von 4546,90 M. zusammengekommen, gewiß ein schönes Zeichen von Solidarität, wenn man weiß, daß von den jetzt noch Beschäftigten eine große Zahl Arbeiter sind. Kollege S c h r o e d e r dankte den Kollegen im Namen der Arbeiterschaft. Nach einigen anfeuernden Worten unseres Gauvorsitzers wurde die gut besuchte Versammlung gegen 11 Uhr mit einem Hoch auf unseren Verband geschlossen.

Effen. Die hiesige Kollegenchaft hatte in der Versammlung am 8. Januar in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu entscheiden. Ihre war u. a. ein Ausschlußantrag des Vorstandes gegen die Führer der hiesigen sogenannten Opposition, Kollegen Güllmann, Richter und Bertolazini, auf Grund des § 10 Absatz b zur Beschluß-

Studie eines 20jährigen Arbeitslosen

Es ist schon hell draußen, als ich aufwache; in der Nacht habe ich wieder stundenlang gegrübelt über mein Schicksal. Mühsamig kleide ich mich an, trinke Kaffee und gehe fort. Nach einer Viertelstunde Weg bin ich in dickstem Gewühl der Großstadt. Autogehupe — Bettler schreien — Händler bieten ihre Ware an — Menschen haften durcheinander. An einer Ecke bleibe ich stehen, ich komme mir vor wie ein anderer Mensch in der großen Gesellschaft, keiner beachtet mich, der Polizist sieht mich mißtrauisch an. Alles rennt, alles hastet einem Ziele zu, und ich kann nicht rennen und haften, denn ich habe kein Ziel. — Warum kann ich nicht auch jagen und haften, mein junge, blühende Kraft für wenig Geld irgendeinem Menschen schenken. Ich will arbeiten — arbeiten für wenig Geld. Neben mir steht ein Zeitungshändler, unaufföhrlich schreit er seine Zeitungen in die Waffe hinein, in meinem Innern geht der Wortlaut alle Sekunden mit, ich muß weitergehen. In einer Hausnische setze ich einen Blinden mit seinem Hund. Er schien gerade gekommen zu sein, er tastet noch um sich, und in einer geschliffenen Ecke legt er eine Decke für seinen Hund hin, der Hund kannte scheinbar die Ecke, er legte sich hin. Der Hund dachte ihn zu — streichelte ihn noch einige Male am Kopf und richtete sich auf. Ich sah in seinen Augen, die ihm früher vielleicht auch einmal Freude und Sonne in seine Seele brachten; eine tiefe Narbe am linken Auge, die sich zur Stirn heraufzog, sprach von Operation oder Unfall oder Kriegsblind? Er streichelte mich — Streichhölzer — Tage, Monate, Jahre, immer nur das eine Wort Streichhölzer! Er wußte nicht, ob es einer hört oder ob einer vorübergeht; er mußte schreiben, er mußte sich

bemerkbar machen, er schrie aus Verzweiflung. Er mußte mit diesen paar Pfennigen Verdienst mit seinem Hund — seinem Kameraden — leben.

In einer Zeitung las ich ein Inserat: Junger, tüchtig. . . gesucht, einzuenden Lebenslauf, Zeugnisse unter Nr. . . an den Verlag der Zeitung. Etwas Hoffnung erwacht in mir. In meinem Kopf ging es Zeugnisse, Lebenslauf — Lebenslauf, Zeugnisse. Lebenslauf — warum Lebenslauf? Den Lauf des Lebens — meines Lebens — wahrheitsgetreu schildern. Wer schildert ehrlich seinen Lebenslauf, nur die sonnigen Seiten, die Seiten, die die Günst des Unternehmers bringen, schildern wir in einem kurzen Aufsatz. Man könnte eher Kleramezzel sagen, als Lebenslauf.

„Als Sohn des . . . bin ich in . . . am . . . geboren. Ich besuchte die Realschule“ bis zur . . . dann erlernte ich . . . Ich bildete mich in meiner Freizeit mit Kurzen weiter. Ich denke, den von Ihnen angeführten Posten zu Ihrer größten Zufriedenheit ausführen zu können. Es verbleibt . . .“ Ist das der ganze Lebenslauf eines 20jährigen Menschen? 20 Jahre — Schicksal — Erleben — Freuden, und meine schwachen Seiten im Beruf — oder habe ich keine? Am 21. September 1911 bin ich geboren, wie jeder andere Mensch, doch von da ab bin ich ein anderer Mensch in bezug auf Schicksal und Erleben. Der geschriebene Lebenslauf schildert alle Menschen gleich, gut und tüchtig. Schreibe ich in meinem Lebenslauf, daß ich in der Schule nicht verkehrt wurde, daß ich in der Lehre nicht tüchtig war und mich erst nach der Lehrzeit rausgemacht habe — schreibe ich, daß ich zwei Jahre arbeitslos war und deshalb nur ein Zeugnis habe. Jedenfalls hatte ich das Glück, den Posten zu belegen. Es wurde mir gleich gelagt, „auschissweise“ für einen Erkrankten. Mein Posten war der eines Abzinsungsbüchlers in einer

Zeitungsdruckerei. Es war ein schwerer Tag, der erste Tag. Unglaublich mußte ich mich konzentrieren, um nicht aus dem Takt, den ein riesiger Zeitungsbetrieb hat, herauszukommen. Meine Eindrücke, die ich von einem Zeitungsgroßbetrieb hatte, bevor ich den Posten bekleidete, waren die, daß ich mir den Zeitungsbetrieb als Ausdruck der Zeit vorstellte, also mit andern Worten — unaufhörliches Maschinengeheul, Hasten, Jagen, Durcheinander schreiender Menschen — Autogehupe — das Getöse der Seil- und Druckmaschinen, und dieses alles als eine einzige Melodie. Ferner den Menschen als Maschine — schreiendes Wederzischen, der Schrei zum Aufstehen — Straßensbahn zum Betrieb — tagsüber haften und jagen — Straßensbahn bis zur Wohnung — essen — schlafen, so geht es, bis der Mensch erlöst ist durch den Tod. Jetzt glaube ich, nachdem ich es selbst durchgemacht habe, daß meine Vorempfindungen mit der Wirklichkeit beinahe übereinstimmen. Mein Wunsch war schon immer, in einem Großbetrieb zu arbeiten, um meine Studien auf dem Gebiet der Rationalisierung und dem Menschen in der Fabrik fortzusetzen. In der Zeit, in der ich in dem Betrieb tätig war, lernte ich manches kennen, was ich vorher noch nicht kannte. Am meisten wunderte ich mich über die Verschwiegenheit der Sekretariatsteilung und die Menschen in derselben. In einer Abteilung hastiges Sehen, Schreien, Lärmen, Jagen. Wenn man die Abteilung betritt, so hat man das eine Wort in Gedanken, „Tempo“. An einem Sonntagen hatte ich einmal die Gelegenheit, in dieser Abteilung etwas abzusehen, soweit ich mich erinnere, war es in der ersten Woche nach meinem Eintritt bei der Firma. Als ich die Tür geöffnet hatte, sah ich einen Menschen an einer langen Platte stehen und hastig arbeiten. Die eiserne Tür knallte heftig zu; aber der Mensch sah nicht auf. Nun wollte ich

fassung unterbreitet worden. In seiner Einladung appellierte der Vorstand an das Verantwortungsgefühl gegenüber den Belangen der Organisation und erwarbte das Erscheinen jedes Kollegen, soweit nicht bringende Verhinderungsgründe eine Abwesenheit bestimmte. Dieses und das von der Opposition in den Betrieben am Tage der Versammlung verbreitete Flugblatt, das zum Versammlungsbefehl aufforderte, brachten ein volles Haus. So mancher Kollege, den man Jahr und Tag nicht in der Versammlung begriffen konnte, war erschienen. Alles Interesse konzentrierte sich auf diesen Tagesordnungspunkt. Die beiden ersten Punkte, „Geschäftliche Mitteilungen“ und „Die neue Lohn-, Beitrags- und Unterstützungsregelung“, wurden ohne Aussprache verabschiedet. Ganz abgesehen von dem für den Vorstand negativen Ausgang der Versammlung (der Antrag verfiel mit Mehrheit der Ablehnung) ist ihr Verlauf vom Standpunkt des Gewerkschaftlers nur zu beklagen. Geschick konnte die Gegenüber psychologisch die Umstände für sich ausnutzen und hat es auch mit Erfolg getan. Begreiflich die Stimmung der Kollegen, die am gleichen Tage erstmalig die letzte Notverordnung am Gelbbeutel spürten konnten und denen plausibel gemacht wurde, daß sie dieses nur der Verärgerung der reformwilligen Gewerkschaftsbürokratie und der Tolerierungspolitik der SPD zu verdanken haben, während die Opposition wegen ihres Bestrebens, sich diesen Lohnraub nicht gefallen zu lassen, ausgeschlossen werden sollte. Das Unternehmertum wird niemals seine Interessenvertreter in einer solch herabsetzenden Art behandeln, wie es die Oppositionsgegner gegenüber den Gewerkschaftsführern in dieser Versammlung getan haben. Niemals wird jenes die Wirksamkeit seiner Verbände in das Gegenteil umwerten und verächtlich machen, wie diese „Gewerkschaftler“ es bei ihrer Organisation zu tun für angebracht hielten. Daß dieses unter Beifall eines Teiles der Versammlung geschehen konnte, beweist, wie die Not, die eine Organisation bei den heutigen Verhältnissen wohl lindern, aber nicht meistern kann, den Blick für die Wirklichkeit trübt. In seinem Bericht über das Beitrags- und Unterstützungswesen berichtete der Vorsitzende über die Leistungen der Organisation; 93 Proz. der Einnahmen dienen dazu, die Not der Kollegen zu lindern. Einfindende Beiträge, steigende Unterstützungsansprüche ist die Tendenz, 3,7 bis 4 Mill. M. vom Verbandsermögen ausgezahlt, die Beitragsgrenze erreicht. Unter solchen Umständen kann leider ein Ausgleich nur durch Senkung der Unterstützungsätze erfolgen. Während ein Ausschluß wegen Restierens zurückgezogen werden konnte, wurde ein weiterer der gleichen Ursache wegen angenommen. Alsdann begründete Kollege Böning den Ausschlußantrag gegen die vorerwähnten Kollegen. Das von der Opposition anlässlich des letzten Schiedsspruches an die Betriebsräte der Zeitungsdruckerien gesandte Rundschreiben, das zu ertlichen und betrieblichen Aktionen aufforderte, sei nicht für den Ausschlußantrag allein ausschlaggebend gewesen. Es gehe darum, zu entscheiden, wer zu bestimmen habe; der von der Mehrheit gewählte Vorstand oder aber diejenigen, die von ihrer Partei den Auftrag bekommen, innerhalb der Gewerkschaft gegen deren Beschlüsse zu verstoßen und das Vertrauen der Mitglieder zur Organisation systematisch zu untergraben. Bei den vorerwähnten Lohnverhandlungen habe man sich mit dem disziplinlosen Verhalten der Opposition beschäftigt müssen. In der ersten Situation, wo es gilt, die Einigkeit und Geschlossenheit der Organisation zu erhalten, finden diese Kollegen es an der Zeit, die zerstörenden Tendenzen ihrer Partei in die Tat umzusetzen und durch Verbreitung unwahrer und aufgebauschter Nachrichten Verwirrung in die Kollegenschaft zu bringen und zu unüberlegtem Vorgehen aufzuwachen. Dieses konnte der Vorstand nicht widerspruchslos geschehen lassen, und er hat in einer Sitzung versucht, in kollegialer Aussprache mit den Kollegen die Sache zu bereinigen. Die Kollegen bestanden auf Handlungsfreiheit in ihrem Sinne. An Stelle der von ihnen verlangten Erklärung, die besage, daß sie in Zukunft nicht mehr gegen die Beschlüsse der Organisation verstoßen werden und in ihrer Kritik sich der Verantwortung gegenüber dem Verband bewußt zu bleiben, wurde eine solche überreicht, die viele Worte sagte, aber zu nichts verpflichtete. In Verantwortung dieser wurde der Opposition kein Zweifel darüber gelassen, daß der

Vorstand beim nächsten Vorstoß zum Handeln gezwungen werde. In dieser Situation habe man sich jetzt. Das letzte Vorgehen der Opposition habe den damals angeordneten Ausschlußantrag ausgelöst. Mit dieser Angelegenheit ist die Frage zu entscheiden, wer die Taktik der Gewerkschaften bestimmt, diese oder außerhalb stehende Kreise. Das persönliche Moment scheidet hier aus. Können man den drei Kollegen in kollegialer Beziehung nichts vorwerfen, so sei das Bestimmende, daß sie den Parolen der SPD, innerhalb der Organisation Geltung verschaffen wollen in einer Weise, die deren Bestand gefährde. Meinungsfreiheit werde anerkannt, dürfe aber nicht in disziplinloses Verhalten der Opposition ausarten. Der Vorstand habe die Pflicht, gegen diese Schädlinge der Gewerkschaftsbewegung den Ausschluß zu beantragen. In der dann eingehenden Aussprache nahm namens der Opposition Redakteur Zannowski als erster das Wort, der immer nur bei besonderen Anlässen zu erscheinen pflegt und sich dann in Anpöbeleien gegen die Gewerkschaften und SPD, gefällt. Er attackierte den Verband, daß dieser gegen den Lohnraub nichts getan habe. Der kapitalistische Staat werde von den Gewerkschaften gestiftet. Die Opposition wende sich gegen den Lohnraub und damit gegen die Tolerierung des WDSB und SPD. Die Mitglieder ständen vor einer grundsätzlichen Entscheidung. Wer dem Ausschluß zustimme, sei mit dem Lohnraub zufrieden und erkläre sich mit der Verbandstaktik einverstanden. Durch Ablehnung würden diese Organe als Geschehen der Reaktion an den Pranger gestellt. Kollege Bertolozzi zog einen Vergleich zwischen der alten Generation und der heutigen. Er fand es paradox, gegenüber dem Vorgehen der Opposition mit dem § 10 Mißbrauch zu treiben. Der Antrag sei nur aus der Gegnerschaft des Vorstandes zur Opposition geboren. Kollege Güllmann nahm für sich in Anspruch, stets als Kollege und Gewerkschaftler gehandelt zu haben. Die Kommunisten gingen ihren geraden Weg; SPD-Tolerierung und Gewerkschaftspolitik seien eins. Die Opposition habe stets ihre Pflicht getan und es sei keine Berechtigung für den Ausschluß vorhanden. Diesen Ausführungen gegenüber verwies Kollege Bönel auf die jetzige Lage mit ihrer gescheiterten Bindung. Das Verantwortungsbebewußtsein der Verbandsleitung den Mitgliedern gegenüber gebiete vor allem, daß nicht der Kampf nur des Kampfes wegen geführt werde. Es werde immer von der Aktivierung des Kampfes geredet — KGD, als Gegenpartei gegen die Gewerkschaften. Wo sind denn die Erfolge der KGD? Die letzten Ereignisse im Bergbau geben doch zu denken. Die Kosten tragen nicht die Drahtzieher solcher Putschaktionen, sondern die armen Teufel, die ihnen Gefolgschaft leisten. Kollege Kauf betradete die Kollegen als Opfer ihrer Überzeugung, gegen die aber nun der Trennungsschritt gezogen werden müsse. Ihr Ausschluß sei längst fällig. Dem Langmut des Vorstandes sei das schon Jahre dauernde parteipolitische Theater der Opposition zu danken. In der SPD wäre dieses nicht möglich. Kollege Lange gab der Überzeugung Ausdruck, daß eine grundsätzliche Einigung mit der Opposition nicht zu finden sei. Er gab dieser den Rat, ihren eignen Leben aufzunehmen und sich nicht der Führung von „Verärräten“ zu unterstellen. Freiwillig die Konsequenzen ziehen gemäß ihrer Einstellung zur Gewerkschaftsbewegung wollten sie jedoch nicht, sondern nur auf „legalem“ Wege auftragsgemäß Miniarbeit im Sinne der SPD, leisten. Diesem Beginn müsse durch Ausschluß begegnet werden. Kollege Reich erklärte in den drei Kollegen fanatische Idealisten, die allerdings für die Folgen selbst aufkommen müssen. Die Opposition beschränke sich auf Neben, das Arbeiten überlassen sie andern. Jeder aufrichtige Gewerkschaftler steht hinter seinen Führern, entgegengelegt die Opposition, die in ihnen Verärräter sieht. Wie sie es dabei fertig bringt, der Gewerkschaft noch anzugehören, ist eine andre Frage. Man nennt sich Gewerkschaftsopposition, in Wirklichkeit sind es aber nur politische Momente, die bestimmend für ihr Verhalten sind. Nachdem noch mehrere Redner teils für und gegen gesprochen, nahm Kollege Böning das Schlusswort. Aufgehend, wohin das Verhalten der Opposition führt, wies er auf die bisherigen „Erfolge“ solcher ertlichen Aktionen hin und beleuchtete den letzten Kubergarbeiterpuff der KGD. Der Vorstand habe sich jahrelanger Geduld befleißigt. Die Kollegen ließen sich zu Wert-

zeugen gegen die Organisation gebrauchen; sie betonten, nicht von ihrer Haltung absehen zu können. Es gäbe eine Grenze, an der entschieden werden muß, und diese liege jetzt erreicht. Die darauf vorgenommene Abstimmung durch die Versammlung, die durch die lange Dauer eines Teiles und ergab Ablehnung des Antrags. Die beliebte Methode des Erhitzung der Gemüter andererseits sehr unruhig verlief, Lotredens hat auch hier das Ergebnis der Abstimmung beeinflusst. Dieses bedauerliche Abstimmungsergebnis ist auch hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß mindestens ein Drittel der gut belehnten Versammlung sich zu einer Entscheidung überhaupt nicht entschließen konnte. Durch diese Passivität kam der „Sieg“ der Opposition zustande. Esen. (Drucker). Am 10. Januar fand unsere Generaerversammlung statt. Vorheriger Lange erkrankte den Jahresbericht. Der darauf folgende Kassenbericht wies einen Kassenbestand von 261 M. auf. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die bisherigen Mitglieder einstimmig wiedergewählt. Der Beitrag wurde von 60 auf 50 Pf. erniedrigt. Dann gelangten eine Anzahl Tagesanforderungen von den Farbenfabrik Otto Wör zu Verteilung. Allen Firmen, die unseren Druckerverein Unterstützung zuteil werden ließen, sei an dieser Stelle nochmals bestens gedankt. Geleitfahrten. Unsere Jahreshauptversammlung am 10. Januar erfreute sich regen Besuchs. Der Vorsitzende brachte eingangs der Versammlung mehrere Rundschreiben des Verbands, des Gau sowie des Bezirksverbandes zur Kenntnis. Die jüngsten Maßnahmen unseres Verbandsvorstandes zur Sanierung unserer Finanzen wurden eingehend erörtert. Die Wiederaufnahme eines wegen Streikbruchs ausgeschlossenen Kollegen löste den Protest der Mitglieder aus und es wurde einer diesbezüglichen Resolution an den Verbandsvorstand zugestimmt. Nachdem der Vorsitzende einen Rückblick auf das Jahr 1931 über die geleistete Arbeit im Ortsverein sowie in der Gesamtorganisation geworfen hatte, setzte eine Aussprache ein, die dem alten Jahr wenig gewerkschaftliche Erfolge nachsagte. Das Schlichtungsweesen bedeutete für unsere starke Organisation einen Hemmschuh. Die kollegiale Verbundenheit ist dadurch sehr gelockert. Eine Einheitsfront muß im neuen Jahr erstehen, um der Arbeiterkraft in gewerkschaftlicher Beziehung das Selbstbewußtsein wiederzugeben. Dem Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß im Jahre 1931 zur Vinderung der Not der arbeitslosen Kollegen wesentliche Beiträge aus der Ortsliste bewilligt wurden. So gelangten zu Weihnachten 550 M. zur Auszahlung, die zum Teil aus freiwilligen Sammlungen aufgebracht wurden. Die arbeitslosen Kollegen brachten für diese Spende ihren Dank zum Ausdruck. Der Lehrführer berichtete, daß trotz der schlechten Zeit die Lehrlingsabteilung eine rege Tätigkeit im vergangenen Jahr entfaltete. Bildungsverband und Lehrlingsabteilung bemühen sich um gemeinsame Veranstaltungen. Zur Wiederaufnahme der Bildungsarbeit der hiesigen Ortsgruppe wurde aus der Ortsliste ein Voranschlag bewilligt. Bei der nun erfolgenden Vorstandswahl waren die bisher amtierenden Vorstandsmitglieder nicht zur Wiederannahme ihrer Ämter zu bewegen. Sämtliche Posten wurden neu besetzt, bis auf den des Kassierers, Kollegen Heinrich Wiegand. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Carl Strauß einstimmig gewählt. Nach Begrüßungsworten an die neuen und dem Dank an die alten Vorstandsmitglieder fand die gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß. Landsberg (Warthe). Unsere Generaerversammlung am 9. Januar hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles und der Erstattung des Kassen- und Parteiberichts behandelte Kollege Raffe die Auswirkungen der Notverordnung in materieller Hinsicht, während Kollege Lange die in sozialpolitische Beziehung eingetretenen Verschlechterungen den Kollegen eingehend darlegte. Dem vom Vorherigen Max Hoffman erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, daß auch im abgelaufenen Jahr eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmöglichkeiten am Ort eingetreten ist. Entlassungen und Kurzarbeit sind das Spiegelbild der trostlosen Wirtschaftslage. Mehrere Kollegen waren das ganze Jahr hindurch erwerbslos und bereits in sämtlichen Unterstützungsweigen ausgeschleuert. Allen erwerbslosen Kollegen wurde aus Anlaß des Johanniss-

nich nach meiner von mir zu lesenden Schrift erkundigen und sprach deshalb den Menschen an; er arbeitete aber weiter, ohne zu antworten; ich fragte noch einmal und wartete, aber der Mensch arbeitete weiter — ich ging. Nun kam ich in das Zentrum der hastenden Menschen und des gespanntesten Nervensystems, wo es nur um das Wort „Geld“ geht. Hier sprach ich einen Kollegen an und bekam auf meine Frage eine kurze Antwort, aus der ich aber nichts entnehmen konnte. Selbst der Leiter der Abteilung verschwand in dem Gewühl der rasenden Menschen. In zwei anderen Abteilungen ist das Wort „Tempo“ noch nicht so verbreitet als in der vorgenannten, der Zeitungsfabrik. Auf den ersten Blick sieht man, daß das Arbeiten ruhiger ist. Auch ein Wörtchen wird mal gesprochen, wenn der „Meister“ außer Sicht ist, was ich mir in den anderen Abteilungen als unmöglich denke. Der Leiter der Abteilung macht sich kenntlich gegenüber der anderen Abteilung durch öfteres Durchgehen der Gassen, in denen die arbeitenden Geiger stehen, ferner auch durch Telefongespräche. In einer Abteilung ist das Tempo der Zeit fast gar nicht eingebunden, in einem Extraraum, von den anderen Abteilungen isoliert, wird das, was in den anderen Abteilungen erzeugt worden ist, in seinen Urzustand zurückgebracht. Es herrscht in dieser Abteilung noch etwas Gemütlichkeit. Nach jedem abgelegten Schriftstück wird erst einmal eine Zeile genommen und ein Schnap erzählt und dann wird der Satz weiter abgelegt. Ich war als Abteilungsleiter beschäftigt und hatte mich auch ziemlich in den Takt eines Zeitungsgrößenbetriebs einzufinden. Der Vorarbeiter meiner Abteilung war zum Glück ein Mensch, der für Arbeitsgemeinschaft strebte und nicht für Herr und Knecht. Wenn das Zeichen zur Pause ertönt — in der Hand befindliches Material beiseite legen

— Seife nehmen — Hände waschen — Hände abtrocknen — Stellen aus der Tasche nehmen, bis hier sind schon mehr oder weniger fünf Minuten vergangen, also noch zehn Minuten. Eine Treppe tiefer steigen — durch vier Stiege, wobei etwa sechs bis sieben Türen zu öffnen sind, und man ist in der Kantine. Dieser Gang hat mindestens auch noch einmal eine Zeit von 1½ bis 2 Minuten in Anspruch genommen, also habe ich noch acht Minuten Zeit; um aber pünktlich beim Glockenzeichen wieder oben zu sein, muß ich zwei Minuten bevor das Glockenzeichen ertönt, fortgehen, bleiben mir also für meine Pause etwa sechs Minuten. Wenn man die Kantine betritt, so sieht man abgearbeitete Menschen, die hastig ihr zu verzehrendes Quantum zu sich nehmen, dieses Quantum steigert sich bei manchem in der Zeit von sechs Minuten zu einer ganz ansehnlichen Ration. Einmal sprach ich einen Menschen an, der besonders auffiel wegen seines unermüdbaren hastigen Laufens. Dieser Mensch verzehrte in sechs Minuten vier paar Stullen und eine Tasse Kaffee. Er erklärte mir, der Kaffee sei dazu, um das Brot im Mund anzuhängen, damit es schneller rutscht. Was das schon die höchste Leistung sein? Wer weiß — wollen wir es hoffen; also auch schon Hasten und Zagen in der Ruhepause — Rationalisierung im Essen. Meine Höchstleistung war ein paar Stullen und eine Tasse Kaffee. Nach Beendigung der Arbeit kann man in dieser Kantine ein gutes Essen für wenig Geld einnehmen. Auch hier sieht man die hastenden Menschen. In schneller Folge nehmen sie das heiße Gericht zu sich, ihr ganzes Streben ist, die Fabrik und die Maschinen auf elf Stunden zu verlassen und nicht zu sehen, und elf Stunden ohne Maschinengetöse, ohne Zwang und ohne Aufsicht zu leben. Mein Versuch, mit einem mir gegenüberstehenden Menschen in der Schnelligkeit im Essen mit-

zuhalten, mißlang, und ich verbrühte mich kräftig die Zunge. In meiner Zeit, in der ich in dem Zeitungsbetrieb beschäftigt war, hatte ich einige Male die Gelegenheit, in die Druckerfäle zu kommen. Hier entsteht das Geräusch, welches dem Tempo die Melodie gibt. Man hört nur schwerer, schraubendes Maschinengetöse — ab und zu schreiende Menschen — klirrende Ketten. Dieser Saal ist das Herz der Zeitung. Es war Freitag; ein Mensch kam mit einem Kasten, in dem sich das wenige Geld für eine Woche Lebensunterhalt befand. Er rief gleichgültig die Namen auf und jeder holte sich mit zitternden Händen sein kostbares Gut ab. Freitag — vorletzter Tag in der Woche — Wohnungstag — sechs Tage ruheloses Hasten und Zagen, der Mensch braucht eine Abwechslung — einen geistigen und körperlichen Ausgleich, Geistiger und körperlicher Ausgleich — Menschen, denen noch die Melodie der Maschinen in den Ohren sauft und das Tempo in den Adern tollt. Der eine liebt einen körperlichen Ausgleich in Form von Sport und Wandern, diese Art glaube ich, ist die längste, die einen als Ausgleich und als Abwechslung ausfüllt, es kann auch sein, daß ich beeinflusst bin, da ich mich noch selbst in diesem Stadium befinde. Eine andre Art der Abwechslung für die Augen und andre Körperteile, ist Wein, Weiß und Gesang. Ich glaube, diese drei Wählerworte lagen alles, und es bedarf keiner näheren Erklärung. Meine Zeit als Abteilungsleiter zur Aushilfe war um; sechs Wochen hatte ich in einem Zeitungsgrößenbetrieb gearbeitet, sechs Wochen mit Menschen gearbeitet, wie ich ein Mensch bin — nein sie waren andre Menschen! Ich verstehe sie nicht recht. Bin ich noch zu jung? Jetzt sehe ich die Sonne noch in der Pracht!

Berlin. Gerhard Fleischer.

festes und zu Weihnachten aus den geringen Mitteln des Ortsvereins eine kleine Unterstützung gewährt. Eine starke Belastung erfährt die Ortsvereinstafte durch die große Zahl der durchreisenden Kollegen, deren Zahl 569 betrug. Kollege Baumgärtel bemängelte das geringe Interesse der Kollegen an den Bestrebungen und Veranstaltungen des Bildungsverbandes. Reibungslos und schnell wurde die Wahl des Vorstandes durch einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder vollzogen. Unter „Verschiedenem“ konnten die auf Grund der Präsenzfeststellung ermittelten „bewährten“ Versammlungsschwärmer den Kollegen bekanntgegeben werden. Brauchten es doch fünf Mitglieder fertig, in feiner Versammlung zu erscheinen. Einige weitere informativische Mitteilungen und die Mahnung, stets fest zum Verband zu stehen, bildeten den Schluß der Versammlung.

Leipzig. Unsere sehr gut besuchte außerordentliche Hauptversammlung am 29. Dezember beschäftigte sich in der Hauptfrage mit der Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungsverfahrens. Korrekt gab Kollege Hesselbarth im Vereinsbericht einen Überblick über die Arbeitsmarktlage und eine Erläuterung der neuen Beitrags- und Unterstützungsfrage des Verbandes, die auf Grund der Beschlüsse des Verbandsvorstandes ab 1. Januar 1932 Geltung haben werden. In der Aussprache wurde im wesentlichen zur letzten Notverordnung gesprochen und zu den Beschlüssen des Verbandsvorstandes Stellung genommen. Den Debatteertern gegenüber wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Einnahmen und Ausgaben der Organisation den Verhältnissen angepaßt werden müssen. Nachdem berichtete Kollege Hesselbarth über das infolge der Notverordnung abgeschlossene Lohnabkommen. In der Aussprache wandten sich wenige Kollegen gegen diesen Abschluß und drängten eine Entschließung ein, die zum Kampf gegen diese Lohnkürzung aufforderte. Die Kollegen Hesselbarth und Sierz wandten sich in scharfen Worten gegen diese Art der Kritik und forderten zur verantwortungsbewussten Mitarbeit auf. Die Entschließung wurde daraufhin mit überzogener Mehrheit abgelehnt. Zu dem Tagesordnungspunkt „Neureglung der Beitrags- und Unterstützungsfrage des Leipziger Vereins“ erklärte Kollege Hesselbarth, daß auch die Finanzverhältnisse des Gauces eine Angleichung an die außerordentlichen Verhältnisse erfordern. Aus diesem Grund wurde durch den Gauvorstand eine Vorlage unterbreitet, die eine beträchtliche Senkung des Gaubeitrags, aber auch der Unterstützungsfrage vorsieht. Außerdem ersuchte die Organisationsleitung um Vollmacht, während der Krisenzeit die Beitrags- und Unterstützungsfrage von sich aus regeln zu können. In der Aussprache beteiligten sich zehn Kollegen, die alle in sachlichen Ausführungen das Für und Wider der Neureglung erörterten. In der Abstimmung wurde der Vorschlag des Vorstandes in seiner Gesamtheit angenommen.

Dübener Dübener-Cala. Unsere Generalversammlung in Calau am 9. Januar war bis auf zwei Kollegen von allen Mitgliedern besucht. Nach Erledigung der Wahlen, die außer der Neuwahl des stellvertretenden Vorsitzenden die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder ergab, und nach Erledigung der Tagesordnung wurde der vor 25 Jahren erfolgten Gründung des Ortsvereins (Dübener-Cala) gedacht. Aus diesem Anlaß wollte unser Bezirksvorsitzender Gurt (Kottbus) in unserer Mitte. Er überbrachte herzliche Grüße des Bezirksvorstandes und des Kollegen Schönfeld (Kottbus) als Begründer des Ortsvereins. In ausführlicher Weise führte er den Werdegang des Verbandes und unfres Ortsvereins den Anwesenden vor Augen und behauerte das fernbleiben des langjährigen Vorsitzenden Kollegen Matzschens. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 1931 27, darunter vier Kurzarbeiter und elf Arbeitslose. Aus Anlaß des Jubiläumstages wurde den arbeitslosen Kollegen eine Spende von 5 M. für Ledige und 10 M. für Verheiratete gewährt. Ein Backfinken-Essen vereinigte die Teilnehmer noch einige Stunden gemächlich.

Münchener. Unsere außerordentliche Generalversammlung am 8. Januar gedachte zunächst in der üblichen Weise sechs in den letzten 14 Tagen des Jahres 1931 verstorbenen Kollegen. Dann wurden drei Kollegen aufgenommen und ein Vorstandsantrag zugestimmt, der bezweckte, einer Anzahl Altgenossen, von denen ein Teil aus Verdrängerung über die allgemeinen Verhältnisse und über die Haltung der Spitzenvertretung der Gewerkschaften keine Beiträge mehr bezahlen wollten, noch eine kurze Frist zur Begleichung der Reste zu geben, nach deren Verlauf sie aber bei Nichtzahlung als ausgeschlossen zu gelten haben. In der Aussprache wurde der Standpunkt der Kollegen als nicht richtig bezeichnet und ihnen bedeutet, daß in schwierigen Zeiten erst recht an der Organisationsfesthalten werden müssen. Vorsitzender J. Söldner gab hierauf eine zusammenfassende Schlußrede über den Abschluß der Lohnverhandlungen und deren Auswirkungen sowie über die durch die Notverordnung eingetretenen Verhältnisse. Nach längerer Aussprache, in der wiederum an dem Verhalten der Regierung Bräunung, die bemüht ist, auf der einen Seite das Unternehmertum möglichst zu schonen, auf der anderen aber den unteren Volksschichten zu viel aufzubürden, Kritik geübt, wurde folgende Entschließung in gutbesuchter Versammlung gegen sieben Stimmen (die als Protest dagegen abgegeben wurden) angenommen: „Die außerordentliche Generalversammlung der Münchener Buchdrucker-Gesellschaften am 8. Januar 1932 verlangt vom IWB, und Verbandsvorstand, bei der Reichsregierung Schritte zu unternehmen mit der Forderung, ihr gegebenes Versprechen, dem Lohnabbau einen wirksamen Preisabbau anzugliedern, sofort zur Tat werden zu lassen und durch Notverordnung die wirkliche Durchführung eines fühlbaren Preisabbaues zu erzwingen. Die Verarmten erwidern in dem jetzigen Zustand (Lohnabbau ohne gleichzeitige fühlbare Preisentung) eine ungerechtfertigte Bevorzugung des Unternehmertums und eine einseitige Belastung der Arbeiterschaft, ohne dieser eine wirklich allgemeine Verbesserung der Wirtschaftslage zu bringen.“ Eine von Anhängern der IWB. eingereichte Entschließung, in der u. a. dem Verbandsvorstand vorgehalten wurde, daß er bei dem neuen Lohnraub die Kraft des Verbandes wieder nicht zur Wehr benutzt habe und in der aufgefordert wurde, Streit-Kommissionen zu bilden und am 11. Januar in den Streit

zu treten, fand bei der Abstimmung nur die Unterstützung weniger Kollegen und wurde somit abgelehnt. Am Schluß wurde noch beschlossen, zugunsten der Arbeitslosen bis zu Ende März den bisherigen Ortsbeitrag weiter zu erheben.

Oberstein-Dar. In der gut besuchten Versammlung am 9. Januar konnten wir dem Kollegen K r a f t u o l p h aus Anlaß seiner 25jährigen ununterbrochenen Mitgliedschaft die verdiente Ehrung zuteil werden lassen. Unter Hinzurechnung früherer Verbandsjahre steht Kollege Rudolph 30 Jahre in der Gewerkschaftsbewegung, hat als langjähriger Ortsvereinsvorsitzender und Vertreter in öffentlichen und sozialen Körperschaften stets der Arbeiterschaft gedient und vor 25 Jahren bei der Tarifeinführung im Ortsvereinsbereich manchen Strauß ausgekostet. In der sich anschließenden Jahresversammlung wurden sämtliche bisherigen Funktionäre wiedergewählt. Die Atmosphäre des ganzen Versammlungsverlaufs war auf die Erkenntnis abgestimmt, angelehnt der in der deutschen Vorgänge gegenseitiges Vertrauen und Einigkeit zu pflegen und mit offenen Augen und hülsem Kopf jenem Geist nachzueifern, der einst des Verbandes Macht und Größe begründet hat. Über die Unbill des Tageserlebens müssen wir alle verständnisvoll Brüden bauen und durch Betonung der Verbundenheit unfre Stärke behaupten.

Sangerhausen. Am 9. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Fast vollständig hatten die Kollegen der Einladung Folge geleistet. Kollege Schröder erstattete einen ausführlichen Jahresbericht. Der Gesprächsgegenstand ist am Ort flau, fast sämtliche noch arbeitenden Kollegen sind von der Kurzarbeit betroffen. Der Mitgliederbestand beträgt jetzt 35, davon sind neun arbeitslos und drei invalide. Kollege Taube als Bezirksleiter berichtete über die Tätigkeit unserer Lehrlingsabteilung, woraus hervorging, daß darin rege Tätigkeit herrscht hat. Beim Punkt „Vorstandswahlen“ legte der Vorsitzende Schröder sein Amt nieder und brachte den Kollegen Taube als Nachfolger in Vorschlag, der auch von der Versammlung einstimmig gewählt wurde. Kassierer und Schriftführer wurden wiedergewählt. Die Beibehaltung der Biattigungsbeschränkung der Kollegen wurde dahin geändert, daß das Ortsgebiet von 50 Pf. bestehen bleibt; gezahlt wird es jedoch nur an Ausgesteuerte und Nichtbesugsberechtigte. Die Auszahlung erfolgt nicht mehr in der Druckerei Schneider, sondern im Büro des Gewerkschaftsartells. Die reisenden Kollegen werden hierauf besonders aufmerksam gemacht.

Schweidnitz (Schl.). Unsere Generalversammlung am 10. Januar gab so recht ein Spiegelbild der jetzigen Notzeit. Die Zahl der Arbeitslosen ist unverhältnismäßig hoch. Bei einem Mitgliederbestand von 47 sind 12 arbeitslose Kollegen am Ort, auch Kurzarbeit, wenn auch zur Zeit noch in ganz beschränktem Umfang, ist zu verzeichnen. Der Rajenbestand, der am Anfang des Jahres noch über 100 M. betrug, ist auf über die Hälfte zusammengefallen. Die Beitragsentnahme des vergangenen Jahres mußte zur Hälfte für die Unterstützung durchreisender Kollegen aufgewendet werden. Im letzten Vierteljahr sind durch unsern kleinen Ortsverein 117,25 M. an diese ausgezahlt worden, im Laufe des ganzen Jahres 431,50 M. Die Versammlung beschloß, aller Art die Beibehaltung des Ortsvereinsbeitrags, um den durchreisenden und arbeitslosen Kollegen die Hilfe nicht ganz verlagern zu müssen. Allerdings dürfen in Zukunft diejenigen Reisenden, die mit Winbeseile von einem Ort zum andern eilen, auf Unterstützung nicht rechnen. Der Opfermut der Kollegen kann nicht so weit gehen, daß Unterstützung an Kollegen gegeben wird, die mit dem Motorrad oder sonstigen Hilfsmitteln die Welt durch-eilen und so an einem Tag viele Mark Statutum zusammen-schinden. Die Wahl des Vorstandes brachte in der Leitung des Ortsvereins keine Änderung. Als Schriftführer wurde ein Kollege neugewählt, da der bisherige eine Wiederwahl ablehnte, ebenso muß die Wahl eines Lehrlingsleiters noch vollzogen werden, da die Wiederwahl abgelehnt wurde. Der Versammlungsbefehl litt leider mit wenigen Ausnahmen unter der Interesslosigkeit vieler Mitglieder.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer Urm Bestand der Gelehrkolle Eugen Schmid aus Urm-Waldbingen die Meisterprüfung.

Besteuerung von Nebeneinkünften lohnsteuerpflichtiger Personen. Vom Reichsfinanzminister ist in mehreren zurückliegenden Erlassen wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß von einer Besteuerung von Nebeneinkünften ehrenamtlich tätiger Personen abzusehen sei, wenn ihre Einkünfte 40 M. monatlich nicht übersteigen. Mit Wirkung vom 1. Januar 1932 an gilt diese steuerliche Befreiung jedoch als aufgehoben, und zwar durch einen neuen Erlass des Reichsfinanzministers vom 28. November 1931. Danach stellen Vergütungen, die an ehrenamtlich oder nebenamtlich tätige Personen gezahlt werden, Arbeitslohn dar und diese sind daher künftig dem Steuerabzug unterworfen. In dem erwähnten Erlass wird u. a. darauf hingewiesen, daß es im Hinblick auf den durch die bisherige Erleichterung entfallenden Lohnsteueranfall bei der finanziellen Notlage des Reiches und angesichts der die Öffentlichkeit erheblich bewegenden Frage der Doppelverdienerei nicht mehr vertretbar sei, die Befreiung der Nebeneinkünfte von der Lohnsteuer weiterhin aufrecht-zuerhalten. Sie wurde daher am 1. Januar 1932 aufgehoben. „Herdurch werden“ — so heißt es dann in dem Erlass wörtlich weiter — „die berechtigten Interessen der in Frage kommenden Steuerpflichtigen nicht beeinträchtigt; höhere Werbungskosten und Sonderleistungen, die den Nebeneinkünften etwa gegenüberstehen, sind unter den Voraussetzungen des § 75 Nr. 2 EStG. auf Antrag des Steuerpflichtigen an das zuständige Finanzamt durch Erhebung der zur Abgeltung der Werbungskosten und Sonderleistungen vorgesehenen Kaufbeträge zu berücksichtigen. Beträgt die Entschädigung insgesamt monatlich nicht mehr als 10 M., so ist sie als Erlass der durch die Übernahme der Tätigkeit notwendig entstehenden Aufwendungen anzusehen. Bei Nebeneinkünften bis zu insgesamt 10 M. monatlich ist deshalb steuerlich nichts zu veranlassen.“ Auf diesen Erlass setzen unsere ehrenamtlich

tätigen Funktionäre hierdurch hingewiesen, soweit ihre Remuneration 10 M. monatlich übersteigt, tritt Steuerpflicht ein. Für diesen Fall dürfte in der Regel die Aus-schreibung einer zweiten Steuerkarte bei dem zuständigen Finanzamt zu beantragen sein. Obwohl die Neureglung als eine unwirtschaftliche Maßnahme kleinlicher Art bezeichnet zu werden verdient, muß sich doch jeder Steuerpflichtige unterwerfen, um einer eventuellen Bestrafung wegen Steuerhinterziehung zu entgehen.

Gemeinsamer Rundfunkempfang für Jugendliche. Mit Bezugnahme auf die unter der gleichen Spitzmarke erschiene Notiz in Nr. 6 des „Korr.“ sei nachstehend über die Reihenfolge der Diskussionsrunden selbst Näheres mitgeteilt. Die Gespräche auf der Deutschen Welle Berlin-Königs-Wusterhausen finden an jedem Sonntag, etwa in der Zeit zwischen 6 und 7 Uhr abends statt, und zwar am 13. Januar: „Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Jugend.“ Es sprechen: ein Verbandsangestellter, eine Kontoristin und ein Maschinenbauer. Am 7. Februar: „Wie kann der erwerbslosen Jugend geholfen werden?“ Es sprechen: ein Maschinenbauer, ein erwerbslose Jugendleiterin und ein Primaner. Am 14. Februar: „Sollen wir heute noch einen Beruf erlernen?“ Es sprechen: ein gelernter Metallarbeiter, eine (ungerne) Montiererin und ein Gewerkschaftsangehender. Am 21. Februar: „Abriistung — Aufrüstung?“ Es sprechen: ein katholischer Schüler einer höheren Lehranstalt, ein sozialistischer Maurer, eine evangelische Frauenhilfserin und ein volksoptimistischer kaufmännischer Angestellter. Am 28. Februar: „Sollen wir jungen Menschen uns mit Politik beschäftigen?“ Es sprechen: ein junger Volkskonservativer, ein junger Katholik und ein junger Sozialist. Am 6. März: „Sollen wir jungen Menschen uns mit Politik beschäftigen?“ Es sprechen: eine evangelische Frauenhilfserin, eine junge Katholikin und eine junge Sozialistin. Am 13. März: „Wie stehen wir zu den heutigen Formen des politischen Kampfes?“ Es sprechen: ein evangelischer Student, ein katholischer Student und ein junger, sozialistischer Kesselschmied. Am 20. März: „Getrennte Weltanschauungen — gemeinsame Politik?“ Es sprechen: ein Primaner (Windhorstbund), ein Feinmechaniker (Freie Gewerkschaftsjugend) und ein Primaner (Bund deutscher Bibelkreise). Am 27. oder 28. März: „Eindrücke junger Menschen in der Gedächtnisfeier den Völkern.“ Es sprechen: ein junger Katholik, ein junger Sozialist und ein junger Protestant. Am 3. April: „Kollektivismus oder Individualismus?“ Es sprechen: ein Student, ein Justizamtsarbeiter und ein kaufmännischer Angestellter. Weitere Gesprächsthemen sind vorgegeben und bereits in Vorbereitung. Es wird empfohlen, sich diese Rundfunkdiskussion junger Menschen anzuhören und — wo sich dazu Gelegenheit bietet — Hörgemeinschaften zum Zweck der gemeinschaftlichen Diskussion des Gehörten zu bilden.

Sozialistische Arbeiterinternationale zur Reparationsfrage. In Köln tagte vor kurzem das Büro der SAJ. Bei dieser Gelegenheit wurde zur Frage der Reparationen eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Die Krise kann nicht überwunden werden ohne die Befreiung der Weltwirtschaft vor dem Druck der politischen Schulden, ohne die Entbindung der Völkern und ohne eine internationale Zusammenarbeit zur Herstellung beständiger Währungs. Angesichts dieser Lage befindet das Büro der SAJ: Die Regierungen der unmittelbar betroffenen Länder stellen fest, daß Deutschland bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht in der Lage ist, die Verpflichtungen zu erfüllen, die es im Youngplan übernommen hat... Weder dürfen internationale Verträge einseitig zerfallen, noch zur Erzwingung ihrer Erfüllung Druck und Gewalt angewandt werden, deren für alle furchtbaren Folgen die Ruhrbesetzung geeignet hat und gegen die sich schließlich die SAJ. einmütig wenden würde. Die Fragen der Abriistung, der Reparationen und der Kriegsschulden, deren Streichung die SAJ. stets verlangt hat, sind finanziell und politisch zu eng verknüpft, als daß eine endgültige Regelung ohne Gesamtlösung möglich wäre.“ Zum Schluß wird ein verstärkter Druck auf die Regierung verlangt, damit diese Ziele erfüllt und die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich angebahnt wird.

Stärkische Entwicklung der Einheitspreisgeschäfte. Die sogenannten Einheitspreisgeschäfte sind zuerst in den Vereinigten Staaten von Amerika in Aufnahme gekommen. Die Firma Woolworth ist das größte Unternehmen dieser Art und hat derartige Geschäfte nicht nur in Amerika, sondern auch in Deutschland, England, Frankreich usw. aufgezogen. In Deutschland befanden Ende 1931, wie aus einer interessanten Studie der Forschungsstelle für den Handel hervorgeht, 400 Einheitspreisgeschäfte mit einem Umsatz von rund 300 Mill. M. Etwa die Hälfte der Einheitspreisgeschäfte mit rund 80 Mill. M. Umsatz gehört selbständigen Einzelhändlern, die teilweise in großen Einkaufsvereinigungen zusammengeschlossen sind. Die übrigen gehören drei Großkonzernen: F. W. Woolworth Co., Leonhard Tiedt AG. (Köln), und der Rudolf Karstadt AG. (Berlin-Samburg). Einheitspreisgeschäfte waren nur möglich, weil die technische Entwicklung eine Massenproduktion von billigen Waren ermöglichte. Damit ging eine Änderung der Kaufgewohnheiten und größere Vereinheitlichung des Bedarfs einher. Der Standardisierung des Preises folgt die Standardisierung der Qualitäten, und das alles führt zur Massenherstellung solcher Einheitspreisarartikel. Die Personalstellen sind in den Einheitspreisgeschäften geringer als beispielsweise in den Warenhäusern. Von 337 festgestellten Einheitspreisgeschäften befinden sich 113 in Städten bis zu 50 000 Einwohnern, 97 in Städten von 50 bis 200 000 Einwohnern, 49 in Städten von 200 bis 500 000 und 78 in solchen mit mehr als 500 000 Einwohnern. Die niedrige Rendite Konjunktur und die Beringerung der Kaufkraft hat den Einheitspreisgeschäften nicht geschadet, sondern genutzt. Man sieht, daß sich im Zuge der technischen Entwicklung der Handel grundlegend verändert.

Der größte lebende Menschenkünstler. Wie Graf v. Altkonow in Heft 4 der in Frankfurt a. M. erscheinenden „Anschau“ mitteilte, ist Dr. Fred Brauns aus Wiesbaden allen heutigen Rechen- und Gedächtniskünstlern (z. B. Müller und Rio Tai) weit überlegen. Schon 1928 war

